

Um Frankreich und seine Bewohner kennen und lieben zu lernen, ist es unumgänglich sich mit der geschichtlichen Entwicklung des Landes auseinanderzusetzen !

Aus diesem Grund ist es, meines Erachtens erforderlich, diese Ausarbeitung so umfangreich wie nötig zu gestalten. Informative Unterhaltung wünscht W. Engel

Geschichte Frankreichs !!!

Archäologische Funde deuten darauf hin, daß es im Gebiet des heutigen Frankreich seit mindestens 100 000 Jahren eine menschliche Besiedlung gab.

Prähistorische Kulturen

Die ältesten nachweisbaren Kulturen stammen aus der Altsteinzeit (Paläolithikum; 50000-8000 v. Chr.). Diese Kulturen hinterließen ein reiches künstlerisches Erbe von Felszeichnungen. Die berühmtesten dieser Höhlenmalereien sind in Lascaux (Dordogne) in Südfrankreich zu finden.

Die Menschen der Mittelsteinzeit (Mesolithikum; 8000-4000 v. Chr.) lebten wie schon ihre Vorfahren als Sammler, hinterließen jedoch nur wenige Spuren. Mit den Bauern der Jungsteinzeit (Neolithikum; 4000-2000 v. Chr.) setzten die Megalithkulturen ein und hinterließen Tausende von Großsteinanlagen in Frankreich, darunter die Menhire in der Bretagne, die Stelen in Südfrankreich und die Dolmen oder Hügelgräber im Tal der Loire, im Pariser Becken und in der Champagne.

In der Bronzezeit (2000-800 v. Chr.) und Eisenzeit (8.-2. Jahrhundert v. Chr.) entstanden höher entwickelte Kulturen. Um 800 v. Chr. wurde die Technik der Eisenherstellung von den Gruppen der Hallstattkultur, Krieger und Schafhirten, die aus ihrem ursprünglichen Lebensraum im Alpengebiet nach Frankreich vordrangen, eingeführt. Später wurden die Gallier, ein Keltensamm, zur vorherrschenden Gruppe in diesem Gebiet.

Mit der Kultur des Mittelmeerraumes kam es zu ersten Kontakten, als die Griechen im 7. Jahrhundert v. Chr. mit der Erforschung des westlichen Mittelmeeres begannen, in Marseille eine Kolonie gründeten und mit dem Landesinneren über das Rhône-Tal Handel trieben. Im 5. Jahrhundert v. Chr. breitete sich die durch fein gearbeiteten Schmuck, Waffen und Töpferwaren gekennzeichnete La-Tène-Kultur aus dem Osten Galliens über den Rest der keltischen Welt aus.

Gallien unter den Römern

121 v. Chr. errichteten die Römer ein Protektorat in der ehemaligen griechischen Kolonie Massilia (heute Marseille) und gründeten dann eine weitere Niederlassung landeinwärts in Narbonne, das zum Mittelpunkt der wohlhabenden Provinz Gallia Narbonensis werden sollte.

Iulius Caesar unterwarf das übrige Gallien einige Jahrzehnte später (58-51 v. Chr.). Die neu eroberten Länder wurden Gallia Belgica, Gallia Lugdunensis und Aquitania genannt. Das wichtigste Verwaltungszentrum war Lugdunum (heute Lyon).

Nachdem die Römer ihre Herrschaft über Gallien gefestigt hatten, blieb jedoch die lange ungeschützte Nordostgrenze mit den germanischen Stämmen ein großes Problem. Rom versuchte zwar, die germanischen Gebiete jenseits des Rheins zu erobern und aus Colonia Agrippinensis (heute Köln) einen Lyon gleichwertigen Stützpunkt zu machen, wurde jedoch im Jahr 9 n. Chr. in der berühmten Schlacht im Teutoburger Wald von Hermann dem Cherusker vernichtend geschlagen. Rom zog es daher vor, sich auf die Verteidigung der Rheingrenze zu beschränken. Viele Gallier standen im Dienst der Legionen an der Reichsgrenze, und die ersten beiden Jahrhunderte der römischen Herrschaft waren im Allgemeinen für Gallier und Römer gleichermaßen friedlich und erfolgreich.

Im 3. Jahrhundert n. Chr., beim einsetzenden Niedergang des Römischen Reiches, kam es in Gallien zu einer Reihe von Mißständen: politische Unbeständigkeit, abnehmende Versorgung mit Sklaven, große Seuchen, steigende Inflation und damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit, zunehmender Druck der germanischen Stämme entlang der Grenze und ein allgemeiner Zusammenbruch von Recht und Ordnung bedrohten das Reich. Unter Kaiser Diokletian kam diese Entwicklung durch die militärische und finanzielle Umorganisation, die vorwiegend von der Kaiserresidenz im gallischen Augusta Treverorum (heute Trier) ausgeführt wurde, vorübergehend zum Erliegen. Das Christentum, das als verfolgte Sekte im 2. Jahrhundert ins Land kam, verbreitete sich rasch unter kaiserlichem Schutz in dieser Zeit der Unsicherheit und politischen Wirren. Um das 5. Jahrhundert bekehrte sich selbst der galloromanische Adel zum Christentum und männliche Mitglieder alter Senatorenfamilien gelangten rasch in hohe kirchliche Ämter. Während des 4. Jahrhunderts ließen sich kleine Gruppen von

Germanen mit der Erlaubnis der römischen Herren in Gallien nieder. 406 schlug diese Wanderbewegung jedoch in eine Invasion um, als die Wandalen (Vandalen), Sueben (Sueben) und Alanen die Grenze durchbrachen, Gallien sehr schnell Richtung Südwesten durchquerten und nach Spanien zogen. 412 kamen die Westgoten von Italien aus nach Gallien und um 440 ließen sich die Burgunder in Ostgallien nieder. Im Nordwesten suchten keltische Flüchtlinge aus Britannien, das ebenfalls gegen die Einfälle germanischer Stämme zu kämpfen hatte, Schutz und gaben dieser Gegend, der Bretagne, ihren Namen. 451 schlossen sich Germanen, Römer und Gallier zusammen, um gemeinsam gegen neue Eindringlinge, die Hunnen unter der Führung Attilas, vorzugehen.

Die Merowinger

Die nach dem Gründer des Königsgeschlechts Merowech oder Merowig (Regierungszeit: 448-458) benannten Merowinger, denen auch Chlodwig angehörte, regierten bis zum Jahr 751. Nach fränkischem Brauch wurden alle Besitzungen des Königs, einschließlich des Königstitels, unter den Söhnen aufgeteilt. Auf Grund dieses Nachfolgeprinzips kam es im Fränkischen Reich der Merowinger im 6. Jahrhundert zu ständiger Uneinigkeit und zu Bürgerkriegen. Das Reich wurde 613 unter den Königen Clothar II. und Dagobert I. erneut geeint. Nach dieser Zeit verfiel das Reich endgültig unter der Herrschaft einer Reihe schwacher, unfähiger Könige.

Während dieser Zeit übten die Hausmeier, königliche Offiziere, die das Amt der Vorsteher des königlichen Hauswesens und der Domänen bekleideten, die eigentliche Herrschaft aus. Es kam unter diesen Vorstehern zu Kämpfen, die an die Rivalitäten zwischen den früheren Königen erinnerten. Gegen Ende des 7. Jahrhunderts setzte sich insbesondere ein Hausmeier, Pippin II., der Mittlere (von Herstal), ein Mitglied der Familie der Arnulfinger von Austrasien (Gebiet in Ostfrankreich und Westdeutschland), gegen seine Rivalen durch und dehnte seine Herrschaft im Westen und Süden erfolgreich über die fränkischen Königreiche von Neustrien und Burgund aus. Sein Nachfolger wurde sein Sohn Karl Martell, der eine fränkische Armee aufstellte, die den muslimischen Arabersturm aus Spanien 732 abwehrte. 751 setzte der Sohn Karl Martells, Pippin III., der Jüngere (fälschlich: der Kurze), den letzten merowingischen Herrscher ab und erhob sich selbst zum König der Franken.

Die Karolinger

Die Macht des neuen Herrscherhauses, das schließlich nach seinem berühmtesten Mitglied Karl dem Großen benannt wurde, wurde durch das Bündnis Pippins mit dem Papsttum gefestigt. Als Gegenleistung für die Hilfe von seiten der Franken gegen die Langobarden, die auf päpstliches Gebiet in Italien vordrangen, erkannte Papst Stephan II. die Übernahme des Thrones durch die Karolinger an.

Im Jahr 754 reiste der Papst nach Frankreich, um Pippin und seine Söhne, nach dem Vorbild der Salbung der biblischen Könige Israels durch die Propheten, mit heiligem Öl zu salben. Dafür führte Pippin in den Jahren 754 und 756 in Italien Feldzüge im Auftrag des Papstes durch und übergab das eroberte Land Papst Stephan II.; dieses Gebiet wurde später zum Kirchenstaat, einem direkt vom Papsttum regierten Gebiet. Pippins Reich wurde nach seinem Tod im Jahr 768 unter seinen Söhnen Karl (der zukünftige Karl der Große) und Karlmann aufgeteilt. Karlmann starb jedoch bereits drei Jahre später und Karl der Große wurde für über vier Jahrzehnte bis zu seinem Tod im Jahr 814 zum Alleinherrscher des Frankenreiches.

Karl der Große

In den ersten Jahren seiner Herrschaft führte Karl der Große mehrere Feldzüge durch. Wie schon sein Vater, kämpfte auch er in Italien, sowohl im Auftrag des Papstes als auch in seinem eigenen Interesse. Er eroberte die Lombardei und nahm den langobardischen Königstitel an, kämpfte in Spanien gegen die Araber und Basken und errichtete das Grenzgebiet Spanische Mark. Im Osten ging er gegen die Bayern und Awaren vor und gliederte sie in sein Reich ein. Er bekämpfte 30 Jahre lang die Sachsen in Deutschland, brachte sie schließlich unter seine Herrschaft und zwang sie zur Bekehrung zum Christentum.

Im Jahr 800 wurde Karl der Große in Rom von Papst Leo III. zum Kaiser gekrönt und erhielt den Titel eines römischen Kaisers. Seit Ende des 5. Jahrhunderts hatte es in den Gebieten im Westen keinen römischen Kaiser mehr gegeben. Für die Regierung des Reiches errichtete er ein umfassendes Verwaltungssystem und teilte das Reich in 250 Grafschaften auf. Er versammelte die führenden Gelehrten Europas an seinem Hof und leitete ein Programm geistiger und religiöser Reformen ein. Karl der Große ließ seine Hauptresidenz in Aix-la-Chapelle (heute Aachen) erbauen.

Die ersten Kapetinger (987-1180)

Nach dem Tod Ludwigs V. wählten die Adligen Hugo Capet, Herzog von Frankreich und Nachkomme von Robert dem Kühnen und Odo, zum König. Hugo Capet wurde nicht wegen seiner Stärke, sondern gerade deshalb, weil er nicht stark genug sein würde, die Adligen zu beherrschen, als König gewählt; er konnte seine Wahl auch nur durch die Abgabe vieler seiner Ländereien an potentielle Wähler sichern.

Auch wenn der französische Adel möglicherweise nicht die Absicht hatte, die Kapetinger zu einem Königsgeschlecht zu erheben, so beeilte sich doch Hugo Capet, seinen Sohn Robert zu krönen. Als dieser als Robert II. 996 König wurde, ernannte er seinen Sohn Hugo zu seinem Nachfolger; da Hugo aber starb, wurde sein anderer Sohn Heinrich 1031 König. Die Krone blieb schließlich für über 300 Jahre (987-1328) im Geschlecht der Kapetinger und wurde über eine direkte männliche Linie weitergegeben.

Die ersten Kapetinger blieben den feudalen Fürsten untergeordnet, aber die Notwendigkeit des Wiederaufbaus einer königlichen Verwaltung, den auch die zunehmende Bedeutung der königlichen Probste erforderte, wurde um 1040 deutlich. Trotzdem waren Ende des 11. Jahrhunderts Wilhelm der Eroberer, Herzog der Normandie, und Hugo der Große, Abt des Mönchsklosters Cluny, mächtiger als der Kapetingerkönig Philipp I. (Regierungszeit: 1060-1108), obgleich sie Vasallen des Königs waren.

Der Nachfolger Philipps, Ludwig VI. (Regierungszeit: 1108-1137), festigte ein für alle Mal die Macht des Königs in der Île-de-France, einem Gebiet mit dem Mittelpunkt Paris, das eine Nord-Süd-Ausdehnung von 160 Kilometern und eine Ost-West-Ausdehnung von 80 Kilometern hat. Hier unterdrückte er systematisch jeglichen Widerstand von seiten des Adels gegen die Krongewalt. Er ließ seinen Sohn, den zukünftigen König Ludwig VII., in dem nördlich von Paris gelegenen Kloster Saint-Denis erziehen und verheiratete ihn 1137 mit Eleonore, der Erbin des Herzogtums Aquitanien.

Die Besitzungen Eleonores waren weit größer als die Île-de-France und Ludwig VII. erlangte durch diese Heirat die Herrschaft über große Gebiete zwischen der Loire und den Pyrenäen. 1147 brach Ludwig zusammen mit seiner Ehefrau zu einem Kreuzzug ins Heilige Land auf. Während sie sich im Osten aufhielten, kursierten Gerüchte über einen

Ehebruch von seiten Eleonores. Da diese nie so ganz mit dieser Ehe, die auch keinen männlichen Erben hervorgebracht hatte, einverstanden war, ersuchten die Eheleute den Papst um die 1152 erfolgte Auflösung ihrer Ehe. Zwei Monate später heiratete Eleonore Heinrich, Graf von Anjou und Herzog der Normandie, der 1154 als Heinrich II. König von England wurde. Auf diese Weise gelangte Aquitanien vom Besitz der französischen Krone in den Besitz der englischen Krone und die von Heinrich in Frankreich kontrollierten Gebiete (Besitzungen des Hauses Anjou) waren weit größer als die seines Feudalherrn Ludwig VII.

Die späteren Kapetinger

Das Schicksal des Kapetingergeschlechtes verbesserte sich unter dem Nachfolger Ludwigs VII., Philipp II. Augustus.

Ludwig IX.

Ludwig IX. (Regierungszeit: 1226-1270) bestieg im Alter von zwölf Jahren den Thron unter der Regentschaft seiner Mutter, Blanka von Kastilien. Einige der französischen Barone betrachteten dies als günstigen Moment, um sich gegen das Königtum aufzulehnen. Die Engländer, die begierig waren, ihre verlorenen Gebiete zurückzugewinnen, gewährten ihnen hierbei ihre Unterstützung. Blanka war jedoch in der Lage, alle Verschwörungen und Aufstände niederzuschlagen.

Das größte innenpolitische Verdienst Ludwigs war die Gewinnung der Loyalität der eroberten Provinzen mittels einer gerechten und humanen Verwaltung. Er war auf der Hut vor Korruption oder Autoritätsmissbrauch und entsandte Beobachter, die die Aufgabe hatten, Klagen seiner Untertanen über königliche Beamte zu untersuchen. Unter seiner Herrschaft wurde die Krongewalt stärker ausgebaut, die Regierung des Landes wurde professioneller und spezialisierter.

Als tief religiöser Mensch suchte Ludwig seine Herrscherzeit mit einem Kreuzzug zu krönen. Er brachte die Reichsangelegenheiten in Ordnung und brach 1247 nach Vorderasien auf. Er griff die Stadt Damiya in Ägypten an, wurde jedoch bald darauf von muslimischen Streitern aufgehalten. Er zog anschließend ins Heilige Land, um die Verstärkung der Befestigungsanlagen der dortigen Christen zu überwachen. 1270 brach er erneut zu einem Kreuzzug auf; dieses Mal erkrankte er jedoch und starb bei einem Angriff auf Tunis. Nach seinem Tod wurden ihm Wunder zugeschrieben, und im Jahr

1297 wurde er offiziell heilig gesprochen. Philipp III. (Regierungszeit: 1270-1285) war der fünfte französische König, der einen Kreuzzug führte – dieses Mal, um die Mauren in Spanien zu bekämpfen – , und der dritte, der dabei sein Leben verlor. Durch die Verheiratung seines Sohnes mit der Erbin der Grafschaft Champagne gelang es ihm, die Besitzungen des Königshauses zu vergrößern.

Philipp IV., der Schöne

Philipp der Schöne, der letzte der großen Kapetingerkönige, baute die Macht der Krongewalt weiter aus. Er wählte fähige und ehrgeizige Berater, die seine Verwaltung gegen Ende des 13. Jahrhunderts stützten. Die bekanntesten unter ihnen waren Guillaume de Nogaret und Pierre Dubois. Sie versuchten beide, die Begrenzungen der königlichen Macht zu beseitigen, ein Unternehmen, das eine fortgesetzte Beschneidung lokaler Praktiken, besonderer Vorrechte oder Privilegien der Provinzen bedeutete. Bischöfe, Barone und Städte waren gezwungen, mit dem Königshaus zusammenzuarbeiten, sei es in Verbindung mit den Forderungen des königlichen Gerichtswesens oder mit denen der königlichen Rechnungskammer. Philipp gliederte Franche-Comté, Lyon und Teile Lothringens in sein Reich ein, aber sein Versuch, Flandern zu erobern, schlug fehl.

Philipps Eingreifen in Flandern war eine der kostspieligen Unternehmungen, die ihn zu einer Besteuerung des Klerus veranlaßten, was ihn wiederum in scharfen Widerspruch zu Papst Bonifatius VIII. geraten ließ. 1297 räumte Bonifatius jedoch ein, daß ein König für den außergewöhnlichen Zweck der Reichsverteidigung dem Klerus ohne Befragung des Papstes eine Steuer auferlegen könne. Der Papst sprach aber dem König weiterhin das Recht ab, einen Priester auf Grund einer weltlichen Anklage festnehmen zu können. Juristische Argumente, unterminiert durch verleumderische Propagandaangriffe, wurden ausgetauscht. Nogaret führte einen Feldzug nach Italien, vermutlich um Bonifatius festzunehmen, ihn nach Frankreich zurückzubringen und ihn dort vor Gericht zu stellen. Es kam zu heftigen Kämpfen in Anagni, und der bejahrte Papst starb kurz darauf. Bei diesem Streit ging es in erster Linie um das Problem der Souveränität, auch wenn dieser Begriff damals noch nicht verwendet wurde. Im Jahr 1305 wurde durch den Einfluß Philipps ein Franzose, Klemens V., zum Papst gewählt. Dieser verlegte den Sitz des

Papsttums 1309 von Rom nach Avignon und sprach Philipp und dessen Berater von jeglichem Vorwurf der Unrechtmäßigkeit in ihren Verhandlungen mit Bonifatius frei. Philipps unstillbare Gier nach Geld ließ ihn die Juden des Landes verweisen und ihren Reichtum einziehen. Aus dem gleichen Grund verfolgte und unterdrückte er die Templer, einen wohlhabenden Kreuzritterorden.

Philipp gelang es, die Königsmacht zu stärken, aber durch seine selbtherrlichen Methoden verscherzte er sich viel von dem im Königreich vorhandenen Respekt und guten Willen. Das Verwaltungssystem war während des 14. und 15. Jahrhunderts weiterhin funktionsfähig, aber das Ansehen der Monarchie war stark geschmälert und ihre Prärogativen (Vorrechte) wurden oft herausgefordert. Der Prestigeverlust ging einher mit einem Bruch in der Linie der Thronnachfolger. Zwischen 1314 und 1328 bestiegen kurz hintereinander drei Söhne Philipps IV. den Thron: Ludwig X., Philipp V. und Karl IV. Sie starben alle ohne männliche Erben. (Ein nach dem Tode Ludwigs X. geborenes Kind regierte einige Tage als Johann I. im Jahr 1316.)

Frankreich unter der Herrschaft des Hauses Valois

Nach dem Tod Karls IV. fiel die Krone an seinen Neffen Philipp aus dem Hause Valois, einer Nebenlinie der Kapetinger, der als Philipp VI. von 1328 bis 1350 regierte. Der englische König Eduard II. hatte eine Tochter Philipps IV. geheiratet, und dem allerersten Anschein nach schien diese Heirat keinerlei Probleme für die französische Erbfolge darzustellen. Später wurde jedoch Eduard III. (Regierungszeit: 1327-1377) beim Kampf um die Herrschaft über Flandern zum Rivalen Philipps VI., und Philipp unterstützte Schottland gegen Eduard. 1337 erhob Eduard, als Enkelsohn Philipps des Schönen, Anspruch auf den französischen Thron, aber Philipp VI. erklärte den englischen Anspruch auf die Gascogne für ungültig. Dieser Streit zwischen beiden Königen war der Anlaß für einen Krieg, der über hundert Jahre dauern sollte.

Der Hundertjährige Krieg (1337-1453)

Der Feldzug der Engländer begann mit einem großen Sieg in der Seeschlacht bei Sluis (Niederlande), der ihnen die Kontrolle über den Ärmelkanal sicherte. Daraufhin konnten sie ungehindert Nordfrankreich angreifen. Der erste größere Zusammenstoß auf dem Land fand nicht weit von der Küste des Ärmelkanals bei Crécy im Jahr 1346 statt und

endete erneut mit einem deutlichen Sieg der Engländer. Daraufhin belagerten sie Calais, das zwei Jahre später kapitulierte.

Der schwarze Tod

1348 kam die Beulenpest aus der Mittelmeergegend über Marseille nach Frankreich. Die Pestepidemie breitete sich innerhalb von zwei Jahren im ganzen Land aus und tötete ein Drittel der Bevölkerung. Der Wert der Arbeit der Überlebenden stieg daher in großem Maße. Preise und Löhne schnellten in die Höhe und die Regierung versuchte, Obergrenzen für die Gehälter einzuführen.

Die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts war eine düstere, von sozialen Unruhen erschütterte Zeit. Die Pest suchte das Land erneut in den Jahren 1361, 1362, 1369, 1372, 1382, 1388 und 1398 heim. Die sozialen Mißstände führten zu erbitterten Aufständen der Bauern, die zum einen durch hohe Preise, andererseits durch Lehensherren, die versuchten, bei einer gleichzeitigen Drosselung der Löhne die Produktion zu erhöhen, ökonomisch bedrängt wurden. Der berühmteste Bauernaufstand war der Bauernaufstand der Jacquerie von 1358. Das Land wurde zudem zur Beute französischer und englischer Söldnergruppen, die zwischen einzelnen Schlachten das Land verunsicherten. Unruhen in den Städten führten ebenfalls zu heftigen Aufständen, wie z. B. die Aufstände der Pariser Bürger unter Étienne Marcel 1358. Die Wirtschaft war stark geschwächt und die Kriegskosten stiegen unaufhörlich; es mußte auch ein hohes Lösegeld für König Johann II. aufgebracht werden, der in der Schlacht bei Poitiers im Jahr 1356 in englische Gefangenschaft geraten war. Während dieser Zeit gelangten die Generalstände (États généraux), eine Versammlung von Vertretern der Geistlichkeit, des Adels und des Bürgertums, die von Philipp IV. erstmals berufen wurde, zu großer Macht.

Jeanne d' Arc

Unter der 42-jährigen Herrschaft des geisteskranken Königs Karl VI., die Ende des 14. Jahrhunderts begann, kam es zu keinerlei Verbesserung im Schicksal Frankreichs. Der englische König Heinrich V. fiel 1415 in Frankreich ein, besiegte die französische Armee in Azincourt und besetzte den größten Teil Frankreichs nördlich der Loire.

Das Wiedererstarken Frankreichs unter der Herrschaft Karls VII. (Regierungszeit: 1422-1461) nahm mit der aus einer Bauernfamilie stammenden Jeanne d'Arc

(Johanna von Orléans) ihren Anfang. Sie drang bis zum Hof Karls VII. vor, erhielt 1429 die Erlaubnis zur Führung des französischen Heeres und befreite die belagerte Stadt Orléans. Der Krieg schleppte sich noch über 20 Jahre dahin, aber die Franzosen verloren nicht mehr den Schwung, den ihnen der kurze Eingriff der dynamischen jungen Frau aus Lothringen gegeben hatte. 1453 zog Karl in Bordeaux ein. Die Engländer verloren den Hundertjährigen Krieg und mußten ihren gesamten Festlandsbesitz bis auf Calais aufgeben.

Das wirtschaftliche und soziale Wiederaufleben ging einher mit einer Stärkung der Politik. Ab der Mitte des 15. Jahrhunderts erreichte die Bevölkerung wieder ihren Stand, den sie vor der Pestepidemie hatte. Ludwig XI. (Regierungszeit: 1461-1483) konsolidierte die Krongewalt in einem nie zuvor erreichten Maße; er stellte ein stehendes Heer mit Berufssoldaten auf und erwarb das Recht auf die Erhebung einer Steuer, der *taille*, ohne vorherige Billigung der Besteuerten. Er gliederte den Großteil Burgunds in das Reich ein und setzte die königlichen Einkommen für den Schutz, die Erleichterung und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ein.

Karl VIII. (Regierungszeit 1483-1498) bestieg den Thron im Alter von 13 Jahren. Seine als Regentin eingesetzte Schwester Anna von Beaujeu verheiratete ihn mit der Herzogin Anna von Bretagne. Durch diese Heirat wurde das letzte unabhängige Feudalfürstentum in das französische Königreich eingegliedert. Am Ende der Regentschaft seiner Schwester im Jahr 1492 willigte Karl in den Vertrag von Étapes ein, der die ungelösten Differenzen zwischen Frankreich und England beilegte.

Renaissance und Reformation

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts entstand nach den Streitigkeiten in Frankreichs feudaler Vergangenheit eine nationalstaatliche Monarchie, deren Staatsgebiet sich von den Pyrenäen bis zum Ärmelkanal erstreckte. Die Sozialstruktur war noch vom Landadel beherrscht und Landbesitz stellte weiterhin die wichtigste Form des Reichtums dar. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts trugen innerer Friede, Bevölkerungswachstum, der durch die Spanier von Amerika nach Europa gebrachte Zustrom von Gold und Silber und die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bauarbeiten zum Aufschwung der Wirtschaft bei, wodurch Kaufleute, Bankiers und Finanzbeamte zu einer hohen gesellschaftlichen Stellung aufstiegen. Der von festen Geldeinkünften und Renten

lebende Adel fühlte dagegen sowohl seine wirtschaftliche Machtstellung als auch seine soziale Stellung durch die Inflation bedroht.

Die ersten drei Monarchen aus dieser Zeit – Karl VIII., Ludwig XII. (Regierungszeit: 1498-1515) und Franz I. (Regierungszeit: 1515-1547) – nutzten die zunehmende Stärke und innere Sicherheit des Landes zur Entsendung von Truppen nach Italien, um ihrem Anspruch auf das Königreich Neapel und das Herzogtum Mailand Nachdruck zu verleihen. In den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts weiteten sich die Kriege in Italien zu einem größeren Konflikt zwischen Frankreich und dem Haus Habsburg von Spanien und Österreich über rivalisierende Gebietsansprüche aus; dieser Kampf sollte mit Unterbrechungen eineinhalb Jahrhunderte andauern. Die Italienkriege wurden schließlich in dem von Heinrich II. (Regierungszeit: 1547-1559), Sohn von König Franz, abgeschlossenen Frieden von Cateau-Cambrésis (1559) beigelegt. Frankreich verzichtete auf alle Ansprüche in Italien, erwarb jedoch drei strategisch wichtige Gebiete an seiner Ostgrenze: die Bistümer Metz, Toul und Verdun.

Die Religionskriege

Die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts bestand in Frankreich aus einer Aufeinanderfolge schwieriger und bewegter Jahrzehnte. Eine wachsende Bevölkerung ohne einhergehende Produktionssteigerung und eine steigende Inflation ließen große Teile des Volkes verarmen. Die während der Herrschaftszeit von Franz I. von Deutschland ausgehende protestantische Reformation gewann nur wenige Anhänger, aber in den vierziger und fünfziger Jahren des 16. Jahrhunderts verkündete der französische Protestant Johannes Calvin die Lehre einer besonderen französischen Ausprägung des Protestantismus und gründete die hierfür nötigen Institutionen. Unter seinen Anhängern waren viele einflußreiche Adelige und Tausende von Anhängern aus sozial niedrigeren Schichten. Heinrich II. betrachtete den Calvinismus als Bedrohung für die Königsgewalt und versuchte, ihn zu ersticken. Unter seinen drei Söhnen, die ihm nachfolgten, wurde das Land von den Religionskriegen erschüttert, in denen religiöse, politische und dynastische Konflikte untrennbar miteinander vermischt waren. Der Fanatismus der Verfechter der religiösen Ziele und die Brutalität der Söldner machten diesen Krieg zu einem Kampf, in dem Plünderungen, Grausamkeiten und Gräueltaten an der Tagesordnung waren.

Die Herrschaft der Katharina von Medici

Nach dem Tod Heinrichs II. 1559 kam sein kränklicher 15-jähriger Sohn Franz II. (Regierungszeit: 1559-1561) auf den Thron, der seinem Vater jedoch nur für zwei Jahre nachfolgte. Sein Nachfolger war sein 13 Jahre alter Bruder Karl IX. (Regierungszeit: 1561-1574). Die Königinmutter, Katharina von Medici, übte die eigentliche Herrschergewalt während des Großteils der Regierungszeit ihrer Söhne aus und behielt auch unter der Regierung ihres dritten Sohnes, Heinrich III. (Regierungszeit: 1574-1589), eine einflußreiche Stellung. Katharinas wichtigstes Anliegen war die Verteidigung der Königsgewalt ihrer Söhne. Sie forderte wiederholt die religiösen Widersacher zu einer Kompromißlösung auf, die beiden Seiten das Recht auf die freie Wahl des Glaubens und die freie Glaubensausübung gewährte. Zum Unglück Frankreichs hatte sie keine Handhabe gegen deren Fanatismus. Selbst sie wurde schließlich durch die Sanktion der berüchtigten Bartholomäusnacht in Paris (August 1572) zum Werkzeug des Fanatismus. In der Bartholomäusnacht überfielen Anhänger der römisch-katholischen Kirche eine Versammlung protestantischer Führer und deren Anhänger und töteten rund 2 000 von ihnen.

Frankreich unter dem Hause Bourbon

1598 endeten die langen Jahre des Krieges mit der Vertreibung der letzten spanischen Truppen aus französischem Gebiet. Im gleichen Jahr erließ der zunächst hugenottische, dann aber zum Katholizismus übergetretene Heinrich IV. von Navarra, ein Bourbonne aus einer Nebenlinie der Kapetinger, im Hinblick auf den inneren Frieden in seinem Reich das Edikt von Nantes, das allen Untertanen die freie Wahl der Religion gewährte. Es garantierte zudem den Hugenotten die Freiheit öffentlicher Kulturausübung in bestimmten Burgen und Schlössern und sicherte ihnen den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Ämtern. Dies war das erste Mal, daß ein europäischer Herrscher seinen Untertanen Gewissensfreiheit und freie Glaubensausübung zubilligte.

Die Herrschaft Heinrichs IV. nach 1598 brachte für Frankreich eine Zeit des Friedens und der Erholung von den Verheerungen und Mißständen der Religionskriege und den Beginn eines erneuten wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Finanzen des Königs wurden geordnet. Zur Unterstützung der Bauernschaft, die 90 Prozent der Bevölkerung ausmachte und stark unter den Plünderungen und Zerstörungen des Krieges gelitten

hatte, strich Heinrich Rückstände bei den Lehensabgaben, verbot die Beschlagnahmung von Vieh oder Werkzeugen durch Gläubiger, stellte öffentliche Ländereien unter dem Marktpreis zum Verkauf und begrenzte die Jagdrechte des Adels auf bestellten Feldern. Zur Förderung des Handels ließ er Kanäle bauen, Flüsse ausbaggern sowie Brücken und Straßen reparieren oder neu anlegen. Er holte ausländische Handwerker für den Aufbau neuer Industrien nach Frankreich. Er führte auch den Anbau von Maulbeerbäumen für die Seidenraupenzucht ein, um den Binnenmarkt mit Rohseide versorgen zu können.

Am Ende des ersten Jahrzehnts des 17. Jahrhunderts erreichte die Wirtschaft eine Blütezeit und die Königsgewalt war erneut fest etabliert. Die katholische Geistlichkeit stellte sich jedoch sehr stark gegen die offizielle Tolerierung der Hugenotten. 1610 ermordete ein religiöser Fanatiker den König. Heinrich, 1589 von seinem Volk als Ketzer abgelehnt, avancierte nach seinem Tod im gesamten Land zum „guten König Heinrich“ und zum beliebtesten französischen König.

Ludwig XIII. und der Kardinal Richelieu

Nachfolger Heinrichs wurde sein neun Jahre alter Sohn Ludwig XIII. In den ersten 15 Jahren seiner Herrschaft erlitt das Land unter der unfähigen Leitung der Königinmutter, Maria von Medici, dann unter der unentschlossenen Führung des unerfahrenen jungen Königs mehrere Rückschläge.

Im Jahr 1624 berief Ludwig Kardinal Richelieu (Armand du Plessis) zu seinem Ersten Minister; dieser sollte in den folgenden 18 Jahren der eigentliche Herrscher Frankreichs werden. Richelieus wichtigste Ziele waren die Festigung der königlichen Autorität auf innenpolitischer Ebene und in der Außenpolitik die Abwehr einer Bedrohung des Staates durch ausländische Mächte.

Außenpolitik

Als Richelieu 1624 zum Ersten Minister des Königs ernannt wurde, hatte der Dreißigjährige Krieg, ein auf deutschem Boden ausgetragener Religions- und Staatenkonflikt, sechs Jahre zuvor begonnen. 1635 wurde deutlich, dass der habsburgische römische Kaiser ganz Deutschland unter seiner Herrschaft vereinen könnte; daraufhin trat Frankreich als Verbündeter des protestantischen Schweden und der Niederlande in den Krieg gegen die römisch-katholischen Habsburger ein. Der im

Jahr 1648 geschlossene Westfälische Friede brachte der französischen Krone einen großen Teil des Elsass und sicherte die weitere Teilung und Schwäche Deutschlands. Im Frieden mit Spanien im Jahr 1659 erwarb Frankreich Artois im Norden und Roussillon an der spanischen Grenze. Die ehrgeizigen Ziele der Habsburger waren blockiert und Frankreich trat aus dem Krieg als Sieger hervor.

Die Herrschaft Ludwigs XIV.

Richelieu starb 1642 und sein König Ludwig XIII. ein Jahr darauf. Thronfolger wurde sein fünf Jahre alter Sohn, Ludwig XIV.

Das absolutistische Regime Ludwigs XIV.

Beim Tod von Kardinal Mazarin im Jahr 1661 verkündete Ludwig XIV., daß er von nun an selbst das Amt des Ersten Ministers bekleiden würde. In den folgenden 54 Jahren regierte er Frankreich persönlich und pflichtbewußt und präsentierte sich selbst als Vorbild des absolutistischen Herrschers von Gottes Gnaden in der Zeit des

Absolutismus in Europa.

Am Anfang der Zeit seiner persönlichen Regierungsführung errichtete Ludwig die Struktur des absoluten Staates. Er berief eine Reihe von Versammlungen ein, die ihn beraten und seine Anweisungen ausführen sollten und besetzte sie mit fähigen Männern, deren Stellung und Einkommen vollständig von ihm bestimmt wurden. Die Forderungen des Parlaments nach einem Vetorecht gegen königliche Erlasse wurden erfolgreich abgewehrt. Die potentiell gefährlichen Adelligen (Nachkommen der ehemaligen Feudalherren) wurden durch angesehene, aber rein zeremonielle Ämter, die ihnen keine Zeit für politische Aktivitäten ließen, an den Hof gebunden. Die wohlhabende Bourgeoisie wurde politisch zufrieden gestellt durch die Aufrechterhaltung der Ordnung im Land, die wirksame Förderung von Handel und Industrie und durch die Gelegenheit zur Ausführung von aus Staatsgeldern finanzierten Bauvorhaben.

Die Förderung der Künste

Der große Königspalast, den Ludwig in Versailles erbauen ließ, war und bleibt unerreicht in Größe und Pracht und stellt ein Denkmal französischer Architektur, Malerei, Bildhauerei, Innenarchitektur, Landschaftsgärtnerei und Baukunst dar. Ludwig war ein großzügiger Förderer der Künste. Er gründete die Akademie der schönen Künste und die Französische Akademie in Rom; er unterstützte Schriftsteller mit Pensionen sowie

durch die Aufführung ihrer Werke, ernannte einen surintendant der Musik zur Anhebung des Niveaus von Komposition und Theater und errichtete die Akademie der Wissenschaften.

Die Lenkung der Wirtschaft

Ludwigs Finanz- und Wirtschaftsminister, Jean Baptiste Colbert, war der größte Vertreter des Merkantilismus in dieser Zeit. Er unterstützte die Industrie, errichtete Schranken gegen die ausländische Konkurrenz, führte Qualitätskontrollen in der Industrie ein, baute die allen nichtfranzösischen Händlern verschlossenen Märkte in den Kolonien aus, förderte überseeische Handelsgesellschaften, baute die Marine wieder auf und ließ im Mutterland Straßen, Brücken und Kanäle anlegen.

Die Kriege unter Ludwig XIV.

Ludwig zog sein Land in vier kostspielige Kriege hinein, mit denen er festgelegte nationalpolitische Ziele verfolgte; Begrenzung und Schmälerung der Macht des Hauses Habsburg, Ausdehnung der französischen Grenzen bis zu strategisch leicht zu verteidigenden Punkten, Gewinnung wirtschaftlicher Vorteile. Sein Kriegsminister, der Marquis von Louvois, stellte eine schlagkräftige Armee, bestehend aus 300 000 ausgebildeten, disziplinierten und gut ausgerüsteten Soldaten auf. 1667 setzte er sie ein, um seinem auf der Heirat (1660) mit Maria Theresia – einer Tochter Philipps IV. von Spanien – basierendem Anspruch auf eine Provinz der Spanischen Niederlande Nachdruck zu verleihen. Eine feindliche Allianz der Seemächte brachte ihn dazu, 1668 eine Kompromißlösung zu akzeptieren, die ihm elf Stützpunkte an der französischen Nordostgrenze einbrachte.

1672 führten strategische und wirtschaftliche Überlegungen Ludwig zu einem Angriff auf Holland, wo er nicht nur den Holländern, sondern auch einer mächtigen Koalition gegenüberstand. Nach sechsjährigen Kriegshandlungen konnte Frankreich zwei Gebietsgewinne verzeichnen: Franche-Comté an der Ostgrenze und ein Dutzend befestigter Städte im Süden der Niederlande.

1689 kämpfte eine Allianz europäischer Mächte gegen Ludwig, um seiner Praxis, Umland der in früheren Verträgen an ihn abgetretenen Städte zu annektieren, Einhalt zu gebieten. Der acht Jahre dauernde Krieg endete damit, dass beide Seiten die eroberten Gebiete zurückgaben; nur Frankreich konnte die Stadt Straßburg im Elsass behaupten.

Der Grund für die Suche nach einer Regelung des Konflikts unter den Krieg führenden Parteien war eine neue internationale Krise, die sich am Horizont abzeichnete. Der kränkliche König von Spanien, Karl II., hatte keinen direkten Nachfolger. Einen Monat vor seinem Tod vermachte er sein gesamtes Königreich dem Enkel Ludwigs XIV., Philipp von Anjou. Obgleich sich Ludwig früher für eine Aufteilung des Erbes eingesetzt hatte, unterstützte er nun den Anspruch seines Enkel auf das Gesamterbe. Die übrigen europäischen Mächte fürchteten jedoch eine zu große Machtausweitung des Hauses Bourbon und schlossen sich zu einer Allianz gegen die Bourbonen zusammen. Die Folge davon war der Spanische Erbfolgekrieg, der 13 Jahre andauerte. Bei Kriegsende hatte Ludwig sein ursprüngliches Ziel erreicht: Spanien und die spanischen Kolonien fielen an seinen Enkel.

Das Ende der Herrschaft Ludwigs XIV.

Der Krieg, ein vernichtend kalter Winter 1709/10 und Mißernten brachten Frankreich großes Elend, Hungerrevolten und wütende Forderungen nach politischen und steuerlichen Reformen. Die Pockenepidemie (1711/12) raffte innerhalb kurzer Zeit drei Thronfolger dahin. Der einzige überlebende Erbe in direkter Linie war der 15-jährige Enkel Ludwigs. Ludwig XIV. starb im 73. Jahr seiner Herrschaft am 1. September 1715 in Versailles.

Frankreich im 18. Jahrhundert

Ludwig XV. (Regierungszeit: 1715-1774) und sein Enkel Ludwig XVI. (Regierungszeit: 1774-1792) waren gutmütige Herrscher, aber beiden fehlte die nötige Fähigkeit, die Institutionen des Landes an die veränderten Bedürfnisse des 18. Jahrhunderts anzupassen. Ludwig XV. war träge, von den Angelegenheiten des Staates gelangweilt und flüchtete sich schnell in die Vergnügungen, die ihm sein Reichtum und seine Position bescherten. Er brachte die Monarchie in Verruf und war schließlich so unbeliebt, daß sein Leichnam nach seinem Tod an geheimer Stelle verbrannt wurde. Ludwig XVI., bei Antritt der Herrschaft erst 20 Jahre alt, war willensschwach und leicht beeinflussbar. Die junge Königin Marie Antoinette unterstützte ihn bei der Verhinderung der nötigen Reformen.

Das 18. Jahrhundert war nichtsdestoweniger eine der großen Epochen in der Geschichte des Landes. Frankreich war die reichste und mächtigste Nation des

Kontinents. Französischer Geschmack und französischer Stil in Architektur, Design und Mode wurden von der gesamten westlichen Welt nachgeahmt. Die politischen und sozialen Vorstellungen französischer Schriftsteller übten großen Einfluß auf das Gedankengut und dessen praktische Umsetzung in Europa und Amerika aus. Französisch wurde die Sprache der gebildeten Schicht auf der ganzen Welt

Die Wirtschaft

Das 18. Jahrhundert war eine Zeit starken Wirtschaftswachstums. Die Bevölkerung stieg von 21 Millionen im Jahr 1700 auf 28 Millionen im Jahr 1790. Das Einkommen der Landwirtschaft erhöhte sich um 60 Prozent. Französische Wirtschaftshistoriker setzen den Beginn der industriellen Revolution in Frankreich im 18. Jahrhundert an, einer Zeit, in der das Land die führende Industrienation der Welt war. Das französische Straßen- und Brückenbauamt (Corps des Ponts et Chaussées; gegründet 1733) legte um 1780 das bestausgebaute Straßennetz Europas an. Die französische Handelsflotte wurde auf 5 000 Schiffe erweitert, die mit Afrika, Amerika und Indien einen lukrativen Handel trieben, wodurch die Kaufleute in den französischen Atlantikhäfen zu Reichtum und Wohlstand gelangten. Das Einkommen der Arbeiter und Handwerker in den Städten konnte dagegen mit der Inflation kaum Schritt halten, und die meisten Bauern, die nur wenig Überschuß zu verkaufen und schwere Steuerlasten, den Zehnten und Verpflichtungen gegenüber den Feudalherren zu tragen hatten, verdienten auch weiterhin nur mühselig ihren Lebensunterhalt.

Der Widerstand gegen die Monarchie

Der Amtsadel in den Parlamenten (dessen Titel ursprünglich von der Krone erworben wurden) stand an der Spitze des Widerstandes gegen die Schritte des Königs und verkündete, das königliche Erlasse durch den Adel gebilligt werden müßten. Er trat als Verteidiger der Rechte des Volkes gegen königlichen Despotismus auf und machte aus seinen eigenen Interessen ein öffentliches Anliegen; in Wirklichkeit verteidigte er aber seine eigenen Privilegien und trat für die Wiedereinsetzung des Adels in der Regierung ein.

Die intellektuelle Opposition gegen die Monarchie wurde von den Philosophen und französischen Schriftstellern des 18. Jahrhunderts, die die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme erkannt hatten, angeführt. Sie lehnten Traditionen und

Konventionen als Leitfäden für politisches Handeln ab und forderten ihre Zeitgenossen auf, die Vernunft zur Entdeckung der die menschlichen Beziehungen regelnden Naturgesetze einzusetzen und mit diesem Wissen neue Institutionen für Regierung und Gesellschaft einzurichten. Weiterhin vertraten sie die Ansicht, daß alle Menschen gewisse natürliche Rechte haben – Leben, Freiheit und Besitz – und daß es Aufgabe der Regierungen sei, diese Rechte zu wahren. Gegen Ende des Jahrhunderts plädierten auch einige ihrer Vertreter für das Recht auf Selbstverwaltung. Dieses Gedankengut fand insbesondere in der zahlenmäßig anwachsenden Bourgeoisie (Bürgertum), deren Reichtum und politische Ansprüche zunahmen und die ein Mitspracherecht in der Regierung begehrte, großen Anklang. Über die Bourgeoisie drangen diese Vorstellungen auch in die unteren Gesellschaftsschichten durch und wurden wichtige Schlagworte der Revolution.

Die Revolution von 1789

Am 5. Mai 1789 traten 1 200 Vertreter der Generalstände in Versailles zusammen. Da die Regierung mit keinerlei Plänen zur Erfüllung der Erwartungen der Abgeordneten und der Nation aufwartete, ergriff der dritte Stand die Initiative und erklärte sich am 17. Juni zur französischen Nationalversammlung. Er forderte die beiden anderen Stände auf, sich ihm anzuschließen und schwor den feierlichen Eid, sich nicht zu trennen, bevor nicht in Frankreich eine Verfassung errichtet sei.

Das Ende des Ancien Régime

Als die Regierung im Juli die Auflösung der Nationalversammlung befahl, erhoben sich die Bewohner der Stadt Paris, brachten die Bastille in ihre Gewalt und zwangen den König, die Nationalversammlung zu akzeptieren. Die Erhebung der Massen auf dem Land veranlaßte die Konstituante (verfassunggebende Versammlung) in der Nacht vom 4. auf den 5. August, alle Feudalrechte und Privilegien, Erbadel und Titel abzuschaffen. Die Nationalversammlung tagte von 1789 bis 1791 und gelangte zu einer Neugliederung der staatlichen Institutionen Frankreichs. Zur Lösung der dringenden finanziellen Probleme zog sie die Kirchengüter ein und hatte so die nötigen Rücklagen zur Herausgabe von Papiergeld. Die Kirche wurde nach der Zivilverfassung des Klerus restrukturiert. Die Nationalversammlung führte auch ein neues Verwaltungssystem für die Provinzen sowie ein neues Rechtssystem ein, das die Rechtsgewalt an lokal

gewählte Beamte und Richter übertrug und somit dem seit Jahrhunderten andauernden Zentralisierungsprozess Einhalt gebot. Mit der 1791 verkündeten Verfassung wurde eine parlamentarische Regierung mit einem erbrechtlichen König und einer in indirekter Wahl aufgestellten Volksvertretung steuerzahlender Bürger aufgestellt.

Die konstitutionelle Monarchie hatte nur ein Jahr Bestand, da zum einen Ludwig XVI. nicht gewillt war, die Rolle des Königs in einer konstitutionellen Monarchie zu spielen, und zum anderen die militanten Republikaner entschlossen waren, in Frankreich eine Republik zu errichten. Mehrere aufeinander folgende Niederlagen im Krieg gegen Österreich und Preußen, die im April 1792 ihren Anfang nahmen, boten die Gelegenheit zum Sturz der Monarchie im Volksaufstand vom 10. August 1792. Die neue konstituierende Versammlung, der Nationalkonvent, wurde in einer allgemeinen Wahl von den männlichen Wahlberechtigten aufgestellt und errichtete im September 1792 die Erste Republik in Frankreich.

Die Herrschaft der Jakobiner

In der Krise, die durch die Überfälle von außen, Aufstände, Lebensmittelknappheit und unzuverlässige hohe Beamte hervorgerufen wurde, gestattete der Konvent eine Konzentration der Exekutive im Wohlfahrtsausschuß. Dieser von den radikalen Jakobinern beherrschte Ausschuß errichtete eine Schreckensherrschaft, um Feinde und Verdächtige zu beseitigen und die Unentschlossenen zu bezwingen. Der König wurde verurteilt und im Januar 1793, die Königin im Oktober desselben Jahres hingerichtet, und Tausende von Adligen, Geistlichen und Angehörige des Volkes erlitten das gleiche Schicksal. Es wurden auch Preiskontrollen, Beschlagnahmungen und Rationierungen durchgeführt. Der Ausschuß stellte auch die neuen Bürgerarmeen auf und rüstete sie aus, was mit der Einführung der Wehrpflicht einherging.

Das Direktorium

Als 1794 siegreiche französische Truppen in Feindesgebiet einzogen und die Aufstände im Land niedergeschlagen waren, wurde die Zwangsherrschaft gelockert. Im folgenden Jahr verkündete der Nationalkonvent eine republikanische Verfassung, nach der die Exekutive einem aus fünf Mitgliedern bestehenden Direktorium übertragen wurde. Die Legislative bestand aus zwei Kammern, deren Vertreter in indirekter Zensuswahl von den Besitzbürgern gewählt wurden.

Das Direktorium hatte während der folgenden vier Jahre die Aufgabe, die durch Revolution und ständige Kriege entstandenen Umwälzungen zu regeln. Auf innenpolitischer Ebene wurde es von zwei Seiten bedroht; von rechts durch die Royalisten, die begierig darauf waren, die Monarchie wieder einzuführen, und von links durch die Jakobiner, die entschlossen waren, eine demokratische Republik zu errichten. Eine Reihe hoher Beamter in Schlüsselpositionen erkannte die Notwendigkeit einer stärkeren Regierung und beauftragte den jungen General Napoleon Bonaparte, einen Staatsstreich durchzuführen. Im November 1799 stürzten Bonaparte und seine Anhänger das Direktorium und errichteten einen Monat darauf das Konsulat.

Das Konsulat und das Kaiserreich

Nach dem Sturz des Direktoriums erhob sich Napoleon rasch zum Herrn über das Land. Laut der neuen, von ihm geschaffenen Verfassung vereinigte der Erste Konsul alle grundlegenden Vollmachten im Staat. Er stellte sich den Franzosen als Politiker des Friedens vor, mit dem Ziel, die langen Kriegsjahre zu beenden; einmal an der Macht, bestand er darauf, daß der Weg zum Frieden nur durch einen Sieg über die Feinde Frankreichs, die noch immer in der zweiten europäischen Koalition zusammengeschlossen waren, zu erreichen sei. Er führte eine Armee nach Italien und entsandte eine andere nach Süddeutschland; die siegreichen Feldzüge seiner Armeen zwangen Österreich zu einem Friedensschluss im Jahr 1801. Daraufhin fiel die Koalition auseinander und Großbritannien, das nun ohne Verbündete dastand und Handelseinbußen mit dem zunehmend von Frankreich dominierten Europa hinnehmen mußte, willigte in den Frieden von Amiens (1802) ein, der die Streitigkeiten zwischen beiden Ländern beilegte.

Napoleon als Herr Europas

Ogleich sich Napoleon für einen Verfechter der Republik ausgab, errichtete er 1804 das französische Kaiserreich und krönte sich selbst zum Kaiser. Diese Handlung zeigte, daß seine ehrgeizigen Bestrebungen eigentlich über das Frankreich der Bourbonen hinausgingen, und im Jahr 1805 griff er erneut zu den Waffen. In den beiden folgenden Jahren schlug er Österreich, Preußen und Rußland und erhob sich zum Herrscher über Europa. Großbritannien leistete weiterhin bewaffneten Widerstand, insbesondere da es sich durch die Zerstörung der französischen Flotte in der Seeschlacht bei Trafalgar

(1805) die Seeherrschaft gesichert hatte. Napoleon unternahm den Versuch, Großbritannien durch die Sperrung des Handels mit Europa zu schwächen; seine Versuche, die Kontinentalsperre noch zu verschärfen, verleiteten ihn schließlich zu Schritten, die eine verheerende Auswirkung auf das Reich haben sollten: die Invasionen in Spanien und Rußland.

Das Ende des Ersten Kaiserreiches

Nach der Vernichtung seiner Armee in Rußland im Jahr 1812 schlossen sich Napoleons Feinde erneut zu einer Koalition gegen ihn zusammen. Nachdem Napoleon 1813 aus Deutschland vertrieben wurde, führte er im Winter und im Frühling des Jahres 1814 noch einen letzten Feldzug zur Rettung des Reiches. Im April 1814 dankte er schließlich ab und lieferte sich den Alliierten aus. Die Alliierten waren durch ihre Kontakte mit Frankreich zu der Überzeugung gekommen, daß die Rückkehr der Bourbonen auf den französischen Thron die beste Gewähr für ein friedliches Frankreich sei, und im Mai zog der jüngere Bruder des hingerichteten Königs Ludwig XVI. als König Ludwig XVIII. in Paris ein.

Die napoleonische Macht war jedoch noch nicht am Ende. Die neue Regierungspolitik stieß beim Volk auf starke Ablehnung und die Alliierten zerstritten sich untereinander bei dem Versuch, die Karte Europas neu zu zeichnen. Napoleon, der diese Entwicklungen verfolgte, betrachtete sie als willkommene Gelegenheit, seine Reichtümer zurückzugewinnen. Im März 1815 entkam er aus seinem Exil auf der Insel Elba und kehrte nach Frankreich zurück. Da sich ihm die französischen Truppen anschlossen und Ludwig nach Belgien floh, konnte Napoleon das Kaiserreich wieder herstellen. Die sich streitenden europäischen Herrscher ließen ihre Differenzen beiseite, vereinten erneut ihre Truppen und am 18. Juni 1815 kam es bei Waterloo, in der Nähe von Brüssel, zur entscheidenden Niederlage der kaiserlichen Armee. Napoleon lieferte sich selbst den Briten aus, die ihn auf die Atlantikinsel Sankt Helena verbannten, wo er 1821 starb. Ludwig XVIII. kehrte nach Paris zurück, und das Königtum des Hauses Bourbon wurde zum zweiten Mal wieder hergestellt.

Die konstitutionelle Monarchie

Ludwig XVIII. war sich bewußt, das Frankreich nicht zu der vor der Revolution bestehenden Regierungsform zurückkehren konnte. Er erließ 1814 eine Verfassung, die

Charte constitutionnelle, die eine parlamentarische Monarchie errichtete und die im Code Napoléon enthaltenen Sozialreformen bestätigte. Das Regime war repräsentativ, aber nicht demokratisch, da das Wahlrecht nur knapp 100 000 Besitzbürgern vorbehalten war.

In den ersten schwierigen Monaten befremdete die Unfähigkeit der Regierung einen Großteil der Bevölkerung, und als Ludwig XVIII. im März des Jahres 1815 nach Frankreich zurückkehrte, mußte er feststellen, daß er nur wenig tatkräftige Unterstützung in seinem eigenen Reich hatte. Nach Napoleons glanzloser Rückkehr von der Insel Elba und dessen Niederlage bei Waterloo akzeptierte es Ludwigs Rückkehr ohne zu protestieren. Die Alliierten waren weniger willens, die Rückkehr des Landes zum Kaiserreich zu vergessen, besetzten fünf Jahre lang zwei Drittel des Landes und verlangten hohe Kriegsreparationen.

Die zweite Restauration im Jahr 1815 löste eine Welle der Vergeltung gegen Bonapartisten und Republikaner aus. Eine große Anzahl von ihnen wurde getötet oder verwundet, und viele wurden gesetzlich bestraft für ihre Unterstützung der Rückkehr Napoleons. Die ersten Parlamentswahlen im Jahr 1815 gewann eine ultraroyalistische, reaktionäre Kammer. Sie wurde innerhalb eines Jahres unter dem Druck der alliierten Mächte durch Ludwig XVIII. aufgelöst, da dieser fürchtete, sie könne die Errungenschaften der Revolution zunichte machen und somit neue Wirren im Land herbeiführen. Bei den Neuwahlen entschieden sich die Wähler für gemäßigte Royalisten. In der Folgezeit nahm die Wirtschaft einen raschen Aufschwung. Die Besatzungsmächte zogen 1818 ab, und Frankreich wurde wieder in die Allianz der Großmächte aufgenommen. Die Jahre unter einer gemäßigten Herrschaft ebneten jedoch nach der Ermordung des Thronfolgers im Jahr 1820 den Weg für die Ultraroyalisten, und mit der Amtsübernahme Karls X. im Jahr 1824 kam ein Ultraroyalist auf den Thron.

Die Liberalen fürchteten nun um die bürgerlichen Freiheiten, aber die Bourbonen gaben Frankreich eine beständige, rechtschaffene, ziemlich leistungsfähige und nicht repressive Regierung. Unter ihrer Herrschaft blühten Handel und Industrie, und Frankreich erreichte wieder seine geistige und künstlerische Vorrangstellung aus dem vergangenen Jahrhundert.

Die Revolution von 1830

Nach einer wirtschaftlichen Talfahrt im Jahr 1826 führten 1827 allgemeine Wahlen, die eine Mehrheit der Liberalen brachten, sowie die Unüberlegtheit Karls X. zu einer Staatskrise. Im August 1829 ernannte Karl ultraroyalistische Minister, die den liberalen Abgeordneten und der Presse ablehnend gegenüberstanden. Als die Mehrheit der Abgeordnetenkammer im März 1830 ihre Wiedereinsetzung verlangte, löste er die Kammer auf und rief Neuwahlen aus. Die Wahlen bestätigten die Mehrheit, aber Karl beschloß, sie zu umgehen. Am 26. Juli 1830 gab er Ordonnanzen heraus, die Neuwahlen anordneten, die Anzahl der Wahlberechtigten verringerten und die Pressefreiheit einschränkten. Liberale Journalisten und Abgeordnete protestierten gegen diesen Verfassungsverstoß, und die Pariser Arbeiterschaft schloß sich ihrem Protest an. Nach dreitägigen Straßenkämpfen hatten sie die königlichen Truppen aus der Hauptstadt vertrieben. Karl, der außer von einer kleinen Minderheit von Royalisten von allen anderen Anhängern verlassen worden war, dankte ab. Daraufhin beriefen die Abgeordneten den Herzog von Orléans, Louis Philippe (aus einer bourbonischen Nebenlinie), auf den Thron.

Die Revolution von 1848

Louis Philippe und seine Minister widerstanden dem Druck, die politischen Einrichtungen den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen anzupassen und wehrten sich insbesondere gegen eine Ausweitung des Wahlrechts. Die Starrheit der Regierung und eine ernste Wirtschaftskrise in den Jahren 1846 und 1847 schmälerten die Anhängerschaft des Regimes und veranlaßten viele, eine republikanische Staatsform als Alternative zu betrachten. Im Februar 1848 führte der unbeholfene Versuch der Regierung, eine Versammlung der Republikaner zu vereiteln, zu einem Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Demonstranten, der sich zu einer Revolution ausweitete. Louis Philippe dankte am 24. Februar ab. Eine Gruppe republikanischer Führer bildete eine Übergangsregierung und rief die Zweite Republik aus.

Die Zweite Republik und das Zweite Kaiserreich

Während der ersten vier Monate der Zweiten Republik, von Februar bis Juni 1848,

kämpften die gemäßigten Republikaner, die nur politische Veränderungen wünschten, und radikale Republikaner, die ebenfalls soziale Reformen forderten, um die politische Führung. Die Wahlen vom April brachten eine Mehrheit, bestehend aus Vertretern der gemäßigten und konservativen Richtung, in die Nationalversammlung, deren Maßnahmen gegen die Radikalen zu einem neuen Aufbruch führten; der Pariser Juni-Aufstand brachte drei Tage blutiger Straßenkämpfe in Paris. Die Niederschlagung des Aufstandes sicherte die konservative Form der Republik und führte bei der Bourgeoisie zu einer Furcht vor dem Radikalismus der Arbeiterklasse, die die nächsten 25 Jahre der französischen Politik beeinflusste.

Nach der neuen Verfassung vom November 1848 wurde eine präsidentiale Republik mit einer einzigen Kammer eingeführt und sowohl der Präsident als auch die Kammer wurden in einer allgemeinen Wahl von männlichen Stimmberechtigten gewählt. Louis Napoleon Bonaparte, der Neffe des ehemaligen Kaisers, gewann mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit die Präsidentschaftswahlen. Bei den Parlamentswahlen erhielten dagegen die der Republik feindlich gesonnen Monarchisten, die zudem Louis Napoleon fürchteten, die Mehrheit. Diese Kombination machte eine effektive Regierung sehr schwierig. Radikale Republikaner, denen ein Drittel der Sitze zufiel, beunruhigten das Besitzbürgertum durch Gerüchte über eine in Aussicht stehende Regierungsübernahme im Jahr 1852, dem Jahr der nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Louis Napoleon, der sich als Retter der Gesellschaft vor einer Revolution der Radikalen ausgab, übernahm nach einem Staatsstreich am 2. Dezember 1851 die Macht und gab Frankreich eine neue Verfassung. Ein Jahr später richtete er das Kaisertum im Reich wieder ein und nahm den Titel Napoleon III. an (der Sohn Napoleons I., Napoleon II., war nie an der Regierung).

Bis 1860 regierte Napoleon III. Frankreich als autoritärer Herrscher, aber im Jahr 1860 begann er freiwillig, einige seiner Vollmachten auf legislative Körperschaften zu übertragen. Um 1870 war Frankreich erneut eine parlamentarische Monarchie und hatte ein verantwortungsbewußtes Kabinett.

Die Herrschaft Napoleons III.

Im Zweiten Kaiserreich herrschte ein für die wirtschaftliche Entwicklung günstiges Klima.

Die rasche industrielle Entfaltung begann gegen Ende der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Die Länge des Schienennetzes der Eisenbahn wurde verdreifacht. Neue Bankengründungen versorgten das Land mit einem dringend nötigen nationalen Kreditsystem. Handelsabkommen mit Großbritannien und einem Dutzend anderer Länder brachten der unter einem starken Protektionismus stehenden Industrie eine heilsame Konkurrenz. Umfangreiche öffentliche Bauprogramme verbesserten Städte und Häfen. In Paris wurden im Rahmen der städtebaulichen Sanierung breite Boulevards in den Vierteln des Stadtzentrums gebaut, weitläufige Parks angelegt und öffentliche Gebäude errichtet.

Die innenpolitischen Erfolge Louis Napoleons stehen in krassem Gegensatz zu seinen außenpolitischen Fehlschlägen. Der Sieg über Rußland im Krimkrieg (1853-1856) und die Abhaltung des Friedenskongresses in Paris waren nicht mehr erreichte Erfolge. Der Krieg gegen Österreich an der Seite Italiens im Jahr 1859 ermöglichte die Einigung Italiens. Frankreich erhielt Nizza und Savoyen als Gegenleistung, hatte aber auch von nun an mit einem neuen und mächtigen Nachbarn an seiner Südostgrenze zu rechnen. Der Versuch, mit einer 30 000 Mann starken Expeditionstruppe ein römisch-katholisches Reich in Mexiko zu gründen (1862-1866), endete mit einer Katastrophe. Der entscheidende Sieg Preußens über Österreich im Jahr 1866 veränderte das Gleichgewicht der europäischen Mächte zum Nachteil Frankreichs. Napoleon war Preußens Triumph nicht zugekommen und hatte es anschließend versäumt, eine Entschädigung für Frankreich zu fordern, die das starke Anwachsen von preußischem Staatsgebiet und preußischer Macht ausgeglichen hätte.

Der Deutsch-Französische Krieg (1870/71)

Im Juli 1870 provozierte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck eine Kriegserklärung von seiten Frankreichs. Anlaß war die Frage der spanischen Thronfolge. Die französischen Truppen waren den Truppen Preußens sowie den Truppen der anderen deutschen Staaten in Bezug auf Truppenstärke, Organisation und Kommando weit unterlegen. Sie wurden vernichtend geschlagen und am 2. September kapitulierte Napoleons Armee bei Sedan. Als diese Nachricht am 4. September in Paris eintraf, riefen Gruppen von Bürgern eine Republik unter einer Regierung der nationalen Verteidigung zur Fortführung des Krieges aus. Vier Monate lang widerstand Paris der

deutschen Belagerung, und in großer Eile rekrutierte Truppen lenkten die Aufmerksamkeit der deutschen Streitkräfte auf das Loire-Tal. Im Januar 1871, als der Lebensmittelvorrat zu Ende ging und militärische Operationen in den Provinzen hoffnungslos erschienen, kapitulierte die französische Regierung. Bismarck gewährte einen dreiwöchigen Waffenstillstand zur Wahl einer Nationalversammlung, die zum Abschluß eines Friedensvertrages befugt war. Die in Bordeaux konstituierte Nationalversammlung stimmte am 1. März einer Regelung zu, nach der Frankreich das Elsass und ein Drittel Lothringens an Deutschland abtreten, Reparationen in Höhe von fünf Milliarden Francs bezahlen und eine militärische Besetzung bis zur Begleichung der Reparationen hinnehmen mußte.

Die Dritte Republik

Die Nationalversammlung beendete den Krieg mit Deutschland erst, als sie im Inland einem Bürgerkrieg gegenüberstand. Mitte März erhoben sich in Paris radikale Republikaner und stellten eine unabhängige Stadtverwaltung auf, die Pariser Kommune (1871). Sie regierte zwei Monate lang die Stadt; dann wurde sie nach einer Woche dauernden, blutigen Straßenkämpfen von den Regierungstruppen zurückgewonnen, was beim Volk eine Bitterkeit hinterließ, die die französische Politik einer ganzen Generation vergiftete.

Die royalistische Mehrheit in der Nationalversammlung setzte sich die Wiedererrichtung der Monarchie zum Ziel, war aber nicht in der Lage, den Streit zwischen den Thronanwärtern aus der Linie der Bourbonen und Orléanisten beizulegen, und im Jahr 1875 hatten die Republikaner genug Stimmen zur Durchsetzung einer republikanischen Verfassung gesammelt. Die Monarchisten hofften trotzdem, den Präsidenten der Republik schließlich durch einen König ersetzen zu können, aber Schritte in diese Richtung wurden 1877 abgeblockt.

In den folgenden drei Jahrzehnten hatte Frankreich mit wiederholten Bedrohungen der Republik zu kämpfen. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann der Minister Jules Ferry, den Einfluß der katholischen Kirche auf das Bildungswesen zu brechen. Die von ihm erlassenen Gesetze führten unentgeltliche Volksschulen sowie die Schulpflicht ein und verbannten den Religionsunterricht aus den staatlichen Schulen. Mitte der achtziger Jahre mußten die Republikaner eine Bedrohung aus dem Lager der

Monarchisten, Bonapartisten und Radikalen, die sich um General Georges Boulanger geschart hatten, abwehren.

Die Dreyfus-Affäre

Im folgenden Jahrzehnt zeichnete sich eine noch weit ernstere Gefahr ab. Im Jahr 1894 wurde Alfred Dreyfus, ein jüdischer Offizier, wegen Spionage für Deutschland durch ein Militärgericht lebenslänglich verbannt. Seine Familie und seine Freunde, die von seiner Unschuld überzeugt waren, forderten die Wiederaufnahme des Verfahrens, und Ende der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts spaltete der leidenschaftliche Streit über diese Affäre die Nation. Die Anhänger von Dreyfus, vorwiegend Republikaner, waren der Ansicht, daß ein Unrecht geschehen sei und daß Gerechtigkeit für den Einzelnen über allen anderen Überlegungen stehen müsse. Die Anti-Dreyfusards beschuldigten die Dreyfusards, die Armee unglaublich zu machen und die nationale Sicherheit zu gefährden. Um sie versammelten sich die antirepublikanischen Kräfte: Monarchisten, Radikale und Anhänger der Kirche. Im Jahr 1899 schlossen sich die republikanischen Abgeordneten zu einer Regierung zur Verteidigung der Republik zusammen. Diese versuchte, den Fall zu entschärfen, begnadigte Dreyfus und entließ oder versetzte kompromittierte Armeedoffiziere. 1901 ging sie erneut gegen den Einfluß der Kirche vor. Das in diesem Jahr verabschiedete Versammlungsgesetz führte zur Schließung von rund 1 500 katholischen Kirchen und etwa 3 000 katholischen Schulen. Ab 1904 durften die Geistlichen aller Religionsgemeinschaften nicht mehr in den Schulen unterrichten, und im Jahr 1905 wurde die Trennung von Kirche und Staat vollzogen.

Außenpolitik (1871-1914)

In den Jahren nach dem Deutsch-Französischen Krieg bestimmten sicherheitspolitische Erwägungen die französische Außenpolitik. Das vereinigte Deutschland überflügelte Frankreich sowohl in der Schwerindustrie als auch in der Bevölkerungszahl; außerdem hatte Frankreich nach 1871 keine Verbündeten mehr. Nach dem Vorbild Bismarcks wandte sich die französische Regierung ebenfalls der kolonialen Expansion in Übersee zu und errichtete in Afrika und Asien ein neues Kolonialreich, das die im 18. Jahrhundert verlorenen Kolonialbesitzungen bei weitem übertraf, und dessen Ausdehnung gleich an zweiter Stelle nach dem britischen Empire kam. In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bot sich durch die Abkühlung der russisch-deutschen Beziehungen für

Frankreich die lang erwartete Gelegenheit, einen Verbündeten an der Ostgrenze zu gewinnen. 1894 schlossen Frankreich und Rußland einen Verteidigungspakt zur gegenseitigen militärischen Unterstützung für den Fall eines Angriffs von seiten Deutschlands oder Österreich-Ungarns. Zehn Jahre darauf veranlaßte die Frankreich und Großbritannien gemeinsame Furcht vor Deutschland beide Länder, ihre kolonialen Streitigkeiten beizulegen und zu Beratungen über gemeinsame militärische Operationen zu Land und zu Wasser zusammenzutreten. 1907 klärten dann Großbritannien und Rußland ihre Differenzen, worauf sich Frankreich, Rußland und Großbritannien zur Tripelentente zusammenschlossen. Damit standen sich die beiden Bündnisse Tripelentente und Tripelallianz (bestehend aus Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien) gegenüber. Über dem Jahrzehnt vor 1914 hing die ständige Bedrohung eines Krieges, dessen Ausbruch durch wiederholte Krisen in den Jahren 1905, 1908, 1911 und 1913 in bedenkliche Nähe rückte.

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers durch serbische Nationalisten im Juli 1914 führte in eine neue Krise. Die Interessen Frankreichs waren zwar nicht direkt von den Problemen auf dem Balkan betroffen, aber die französische Regierung unterstützte ihren russischen Verbündeten, um nicht das Bündnis, von dem Frankreichs Sicherheit abhing, zu gefährden. Deutschland erklärte als Verbündeter Österreich-Ungarns Russland am 1. August den Krieg, und zwei Tage nachdem sich Frankreich geweigert hatte, neutral zu bleiben, erging ebenfalls eine Kriegserklärung an Frankreich.

Der 1. Weltkrieg

Als Frankreich im August 1914 in den 1. Weltkrieg eintrat, mobilisierte sich das französische Volk fast ausnahmslos zur Verteidigung seines Landes, ungeachtet der bitteren Klassenkämpfe und politischen Konflikte der vergangenen Jahrzehnte. Die deutschen Truppen marschierten in Belgien, und von dort aus in Nordfrankreich ein und drangen bis auf wenige Kilometer in Richtung Paris vor. Ein französischer Gegenangriff brachte Anfang September in der Marneschlacht den deutschen Vormarsch zum Stehen. Die deutschen Truppen zogen sich 50 bis 100 Kilometer zurück und verschanzten sich hinter einer weit in französischem Gebiet liegenden Linie, die vom Ärmelkanal bis zur schweizerischen Grenze reichte.

Die militärischen Operationen an der Westfront bestanden während der folgenden vier Jahre vorwiegend aus Versuchen, die gegnerischen Stellungen zu durchbrechen und wieder zu einem Bewegungskrieg zu kommen. Der Einsatz von Maschinengewehren und schwerer Artillerie erleichterten jedoch die Verteidigung der Stellungen, und bei den Durchbruchversuchen wurden nur jeweils einige wenige Quadratkilometer auf Kosten einer großen Zahl von Menschenleben gewonnen. Am Ende des Jahres 1914 zählte Frankreich bereits 300 000 Tote und weitere 600 000 Verletzte, Kriegsgefangene und Vermisste. Allein die Verteidigung der Stadt Verdun kostete 1916 etwa 270 000 französischen Soldaten das Leben. Nach dem blutigen Fehlschlag der Frühjahrsoffensive im Jahr 1917 weigerten sich einige französische Einheiten, an die Front zu gehen, und die Meuterei breitete sich über mehr als die Hälfte der französischen Divisionen aus. Gleichzeitig war die Sicherheit der Heimatfront gefährdet durch Kriegsüberdruß, Streiks und zunehmende Forderungen nach Friedensverhandlungen. General Philippe Pétain übernahm den Oberbefehl über die Armee und durch eine Verbindung von Strafen und Zugeständnissen gelang es ihm, die Disziplin und die Moral in der Armee wieder herzustellen. Auf politischer Ebene konnte der Ministerpräsident Georges Clemenceau die Defätisten zum Schweigen bringen und den Willen zur Fortführung des Krieges erneuern.

Im Juli 1918 waren der Kriegseintritt amerikanischer Truppen und die Zermürbung der deutschen Kriegsmaschinerie der Anlaß für die Alliierten zur Durchführung einer Offensive, die die deutsche Regierung zwang, sich geschlagen zu geben. Am 11. November 1918 akzeptierte die neu gegründete deutsche Republik einen Waffenstillstand und unterzeichnete am 28. Juni 1919 einen offiziellen Friedensvertrag. Frankreich bekam das Elsass sowie Lothringen zurück. Die deutsche Armee wurde auf 100 000 Mann reduziert, ein 50 Kilometer breiter Streifen am Ostufer des Rheins wurde demilitarisiert und Deutschland mußte Reparationen (Wiedergutmachungen) für Beschädigungen an französischem Zivileigentum bezahlen. Frankreich ging hieraus als größter Sieger auf dem Kontinent hervor, jedoch auf Kosten erschütternder Verluste: Über 1,39 Millionen Soldaten, ein Viertel aller französischen Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren, waren gefallen und die Gebiete im Nordosten des Landes verwüstet.

Der 2. Weltkrieg und die Vierte Republik

Frankreich fürchtete nach Beendigung des 1. Weltkrieges eine Revisionspolitik Deutschlands und schloß deshalb in den folgenden Jahren Bündnisverträge mit Belgien (1920), Polen (1921), der Tschechoslowakei (1924), Rumänien (1926), Jugoslawien (1927) und der UdSSR (1932). Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten nach 1932 zu innenpolitischer Instabilität und starkem Zulauf bei extremistischen Gruppierungen. 1936 kam die aus Sozialisten und Kommunisten gebildete Volksfront an die Regierung. Während dieser Phase wurden verschiedene soziale Reformen durchgeführt. Zum Schutze vor den deutlich werdenden revanchistischen Tendenzen in Deutschland ging Frankreich weitere internationale Allianzen ein, u. a. 1935 einen Beistandspakt mit der UdSSR. Frankreich nahm 1938 am Münchner Abkommen teil und hoffte, dadurch der aggressiven deutschen Außenpolitik Einhalt zu gebieten. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen erklärte Frankreich gemeinsam mit Großbritannien am 3. September 1939 Deutschland den Krieg. Am 10. Mai 1940 marschierten deutsche Truppen in den Niederlanden sowie in Belgien und Frankreich ein. Ihre Panzerverbände griffen eine schlecht verteidigte Stellung an der französischen Front an, durchbrachen sie am 15. Mai und drangen zur Küste des Ärmelkanals vor. 45 französische und britische Divisionen waren somit im Norden abgeschnitten. Die meisten Soldaten wurden nach Großbritannien evakuiert, ließen aber alle schweren Waffen zurück.

Am 9. Juni griffen die deutschen Truppen an der Somme an und rückten Richtung Süden vor. Als sich ihre Panzerverbände im Land verteilten, füllten sich die Straßen mit der flüchtenden Bevölkerung und die französische Armee löste sich auf. Nach dem am 17. Juni von dem neu gebildeten Kabinett um Marschall Pétain vereinbarten Waffenstillstandsabkommen wurden zwei Drittel Frankreichs von deutschen Truppen auf französische Kosten besetzt. Frankreich konnte jedoch in der unbesetzten Zone eine Regierung aufstellen.

Am 10. Juli 1940 traten der Senat und die Abgeordnetenkammer in Vichy in Mittelfrankreich zusammen und übertrugen Pétain die unumschränkte Gewalt zur Regierung des Landes sowie das Recht auf Vorlage einer neuen Verfassung. In den folgenden vier Jahren war Pétain das Aushängeschild der mit den Deutschen

kollaborierenden Vichy-Regierung, eines Regimes, das die Kräfte vertrat, die sich in den vergangenen Jahrzehnten gegen die Republik gestellt und versucht hatten, zum einfacheren, ländlicheren und patriotischeren Frankreich der Vergangenheit zurückzukehren.

Widerstand und Befreiung

Am 18. Juni rief Charles de Gaulle, ein relativ unbekannter französischer General, der nach London geflüchtet war, alle französischen Soldaten und Seeleute zur Fortsetzung des Krieges an britischer Seite auf. Er verfügte bald darauf über eine kleine Streitmacht sowie über ein Schattenkabinett in England und nahm Kontakt mit den Widerstandsbewegungen innerhalb Frankreichs auf. Diese akzeptierten ihn als Führer einer vereinigten Oppositionsbewegung gegen Vichy und Deutschland. 1943 verlegte er sein Hauptquartier nach Algier und brachte so nordafrikanische Freiheitskämpfer in die Résistance (Widerstand).

Als die Alliierten im Juni 1944 in Frankreich in der Normandie landeten, übernahmen Beamte aus de Gaulles Organisation in Algier sowie örtliche Führer der Résistance die Verwaltung. Am 25. August befreiten die Amerikaner Paris. Daraufhin zog de Gaulle am 26. August in Paris ein und stellte eine provisorische Regierung auf, die die Résistance sowohl innerhalb als auch außerhalb Frankreichs vertrat, jedoch streng unter seiner Kontrolle stand. Er leitete die Regierung in den folgenden 15 Monaten, trat jedoch im Januar 1946, als die neu gewählte konstituierende Versammlung seine Vorstellungen von einer starken Exekutive nicht teilte, zurück.

Die Nachkriegszeit

Die Geschichte der Vierten Republik begann mit der Verkündung der neuen Verfassung im Jahr 1946. Die größten Errungenschaften ihres Regimes waren Sozialreformen und der Wiederaufbau der Wirtschaft. 1946 wurde ein umfassendes Sozialversicherungssystem eingerichtet, das allen Bürgern medizinische Versorgung, Erwerbsunfähigkeitspensionen und Altersversorgung sowie Arbeitslosenversicherung gewährte. Durch eine Erhöhung der Geburtenrate stieg die seit langem stagnierende Bevölkerung von 40 Millionen im Jahr 1946 auf 49 Millionen im Jahr 1966 an. Die Modernisierung der Landwirtschaft erfolgte durch eine Flurbereinigung sowie durch den Einsatz moderner Maschinen und die Einführung neuer Methoden. Ein nationaler Plan

für die Modernisierung der Industrie, unterstützt von dem Europäischen Wiederaufbauprogramm (Marshallplan) der amerikanischen Regierung, führte zu einer zweiten industriellen Revolution. Der Index der Industrieproduktion verdoppelte sich in den zehn Jahren zwischen 1948 und 1958. Im Jahr 1957 schloß sich Frankreich mit fünf weiteren westeuropäischen Mächten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einem gemeinsamen Markt ohne Zollbeschränkungen mit insgesamt 165 Millionen Menschen, zusammen.

Die Vierte Republik zerbrach aufgrund der großen kolonialen Probleme. Der neun Jahre dauernde Krieg in Indochina gegen nationalistische Rebellen, der das Leben von 92 000 französischen Soldaten und 3 Milliarden Francs gekostet hatte, mußte 1954 aufgegeben werden. Der Unabhängigkeitskrieg Algeriens begann im Jahr 1954 und die in Frankreich im Jahr 1940 und in Indochina im Jahr 1955 gedemütigte französische Armee war entschlossen, diesen letzten großen Kolonialbesitz zu halten. Der Algerienkrieg erwies sich als kostspielig, brutal und war sehr unpopulär in Frankreich. Im Mai 1958 übernahmen militante Armeeoffiziere und europäische Siedler, die fürchteten, daß die Pariser Zivilregierung Verhandlungen mit den Rebellen aufnehmen könne, die Macht in Algier. Sie wurden von der Heeresführung unterstützt, und der Übergriff des militärischen Staatsstreiches auf das Mutterland schien unmittelbar bevorzustehen. Da sich eine neue Regierung in Paris nicht durchsetzen konnte, tauchte in dieser kritischen Situation der General de Gaulle, der sich von der Politik zurückgezogen hatte, als Retter auf. Im Juni stattete ihn die Nationalversammlung für sechs Monate mit großen Vollmachten zur Regierung des Landes und zur Vorbereitung einer neuen Verfassung aus.

Die Fünfte Republik

Im September 1958 legte de Gaulle einen neuen Verfassungsentwurf für die Fünfte Republik dem Volk zur Abstimmung vor. Die Wahlbeteiligung lag bei 85 Prozent, und 79 Prozent der Wähler sprachen sich für die vorgelegte Verfassung aus, was das große Vertrauen des Volkes in de Gaulle deutlich werden ließ. Die Verfassung übertrug die exekutiven Vollmachten einem durch ein Wahlmännnergremium in indirekter Wahl aufgestellten Präsidenten, der die Regierungsminister bestimmte und das Recht hatte, das Parlament aufzulösen sowie im Falle eines nationalen Notstandes per Dekret zu

regieren. Das Recht der Nationalversammlung, eine Regierung zu stürzen, wurde sehr stark eingeschränkt. Die von de Gaulle vorgeschlagene Verfassungsänderung von 1962 führte die direkte Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk ein und gab de Gaulle die Möglichkeit, seine Machtstellung weiter auszubauen.

Kolonialpolitik und Verteidigungspolitik

Das dringlichste Problem, dem de Gaulle im Herbst 1958 gegenüberstand, war Algerien. In den ersten Monaten seiner Amtszeit, während er den Gehorsam der Armee wieder herstellte, unternahm er nichts, das auf eine Meinungsverschiedenheit mit den Offizieren, deren Proteste ihm das Präsidentenamt eröffnet hatten, hätte hinweisen können; er realisierte jedoch sehr bald, daß eine militärische Lösung des Konflikts unmöglich war. 1960 trat er in Verhandlungen mit den algerischen Auführern ein und setzte – unbeirrt von wiederholten Aufständen von Armeeeoffizieren in Algerien, Attentatsversuchen gegen seine Person und terroristischen Gewalttaten – die Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit durch. Dieser Schritt war durch eine Volksabstimmung im April 1962 gebilligt worden.

Laut der neuen Verfassung sollten die Kolonien zu Mitgliedsstaaten mit Selbstverwaltung in der französischen Gemeinschaft unter Vorsitz des französischen Präsidenten werden, aber die Nationalisten in den einzelnen Kolonien waren begierig darauf, die Unabhängigkeit zu erhalten. Durch die Verfassungsänderung von 1960 wurde eine freundschaftliche Trennung der Kolonien von Frankreich ermöglicht. In diesem und im folgenden Jahr schrumpfte das Kolonialreich auf einige wenige Inseln und Küstenstreifen zusammen.

De Gaulle war entschlossen, das internationale Ansehen Frankreichs zu heben und die außenpolitische Unabhängigkeit des Landes wieder herzustellen. 1959 ordnete er die Schließung eines amerikanischen Militärstützpunktes in Frankreich an und zog die Mittelmeerflotte aus dem Nordatlantischen Verteidigungspakt (NATO) zurück; 1966 löste er alle Truppen aus der militärischen Integration der NATO. Zur Einschränkung der Abhängigkeit vom Schutz der amerikanischen Atomstreitmacht baute er eine französische Atomstreitmacht auf. De Gaulle setzte sich andererseits aber auch für ein starkes Europa ein und verstärkte das Engagement seines Landes für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). In Zusammenarbeit mit den deutschen

Bundeskanzlern, insbesondere aber mit Adenauer, beendete er die jahrhundertelange Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland.

Das Ende der Präsidentschaft de Gaulles

Im Mai 1968 eskalierte die innenpolitische Situation. Die gegen die Brutalität der Polizei protestierenden Studenten der Pariser Universität gingen in Streik und besetzten die Universitätsgebäude. Ihr Vorbild führte zu Streiks von Studenten und Arbeitern überall im Land, und in der dritten Maiwoche war das gesamte Land durch einen Generalstreik praktisch lahm gelegt. Die Versuche der Regierung, den Streik durch Überredungskunst und Zugeständnisse zu beenden, schlugen fehl und das Ende von de Gaulles Regierung schien kurz bevorzustehen. In diesem Extremfall griff de Gaulle, nachdem er sich der Unterstützung der in Deutschland stationierten Armee-Einheiten versichert hatte, zum Mittel der Auflösung der Nationalversammlung und rief Neuwahlen aus. Die Wählerschaft, die neue Unruhen fürchtete, scharte sich um de Gaulle und gab seiner Partei die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. De Gaulle fühlte jedoch die Notwendigkeit einer zusätzlichen Billigung seiner Präsidentschaft. Im Frühjahr des Jahres 1969 kündigte er ein Referendum über eine Senats- und Regionalreform an und sah seinen Rücktritt im Falle einer Ablehnung vor. In dem Volksentscheid vom 27. April stimmten 53 Prozent der Wähler gegen den Reformvorschlag und de Gaulle trat am nächsten Tag zurück. Er zog sich auf seinen Landsitz in Ostfrankreich zurück und nahm nicht weiter am politischen Leben teil. Er starb im Jahr 1970.

Die Regierung Pompidous

In den Wahlen nach dem Rücktritt de Gaulles wurde Georges Pompidou, Premierminister von 1962 bis 1968, zu de Gaulles Nachfolger gewählt. Außenpolitisch setzte er de Gaulles Kurs der Unabhängigkeit von den beiden Supermächten fort. Er führte ebenfalls die enge Zusammenarbeit mit Westdeutschland fort, versuchte, mit den ehemaligen Kolonien freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten und unterstützte den Gemeinsamen Europäischen Markt. Sein Regierungsstil war dagegen nicht so herrisch, sondern versöhnlicher als der de Gaulles. Er verwarf den Widerstand seines Vorgängers gegenüber dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft (heute Europäische Union) und bezog die Nationalversammlung stärker in die politische Entscheidungsbildung mit ein.

Im Jahr 1973 wurde die französische Wirtschaft schwer von dem Erdölembargo der arabischen Länder und der daraus resultierenden Störung der Weltwirtschaft getroffen. Frankreich verfügte auch über keine bedeutenden Erdölreserven und die französischen Kohlevorkommen waren fast erschöpft. Das rasche Wachstum der Industrie der Nachkriegszeit verlangsamte sich plötzlich, die Arbeitslosigkeit stieg und die Inflationsrate kletterte in die Höhe. Bevor die Regierung die neue Situation in die Hand nehmen konnte, starb jedoch Pompidou im April 1974 nach schwerer Krankheit.

Die Wahl Giscard d'Estaings

Da Pompidous Tod überraschend eingetreten war, waren die politischen Parteien nicht vorbereitet, Kandidaten und Wahlprogramme vorzuschlagen. Bei den Wahlen präsentierte sich schließlich ein Dutzend Kandidaten. Im ersten Wahlgang erhielt der sozialistische Kandidat, François Mitterrand, der von der Kommunistischen Partei unterstützt wurde, die meisten Stimmen, ging jedoch knapp an der geforderten Mehrheit vorbei. Zentralisten und Rechte versammelten sich um den Kandidaten mit der zweitgrößten Stimmenmehrheit, den Kandidaten der Unabhängigen Republikaner, Valéry Giscard d'Estaing, der im zweiten Wahlgang mit einer knappen Mehrheit die Präsidentschaftswahlen gewann.

Giscard wollte alle Zentrumsparteien mit der Regierung verbinden, um überholte ideologische Konflikte zu beenden und alte Hindernisse für Veränderungen zu beseitigen. Die Parteien lehnten jedoch seine Vorschläge ab. Die sich verschärfende Rezession schloß die Durchführung sozialer Programme aus und beschäftigte zunehmend die Regierung. 1975 fiel der Index der Industrieproduktion zum ersten Mal seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Jahr 1945 und die Arbeitslosigkeit stieg auf 900 000 Personen, was einen Anstieg von 45 Prozent über dem Stand von 1974 bedeutete.

Die Präsidentschaft von François Mitterrand

Im Jahr 1981 folgte François Mitterrand nach einem Wahlsieg der Sozialisten Giscard im Präsidentenamt nach, und Pierre Mauroy wurde Premierminister. Mitterrands Regierung verwarf viele der politischen Maßnahmen ihrer Vorgängerin. Sie verstaatlichte große Banken und Industriebetriebe, erhob zusätzliche Steuern, erhöhte die sozialen Leistungen, baute die Stellen im öffentlichen Dienst aus, schaffte die Todesstrafe ab und beendete das zentralistische Verwaltungssystem der Präfekturen, das einst Napoleon

eingeführt hatte. In den Jahren 1982 und 1983 kam es zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die geringe Leistung der Staatsbetriebe veranlaßte die Regierung zu einer Währungsabwertung und zu Sparmaßnahmen. Im Juli 1984 bildete Mitterrand sein Kabinett um; die Kommunisten, die im vorhergehenden Kabinett vier Geschäftsbereiche leiteten, lehnten eine Teilnahme im neuen Kabinett ab. Laurent Fabius wurde im Alter von 37 Jahren der jüngste Premierminister in der französischen Geschichte. Nachdem die Parteien des rechten Flügels bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1986 eine knappe Mehrheit erhielten, wählte Mitterrand Jacques Chirac als neuen Premierminister. Chirac war Gründer der gemäßigten Partei Rassemblement pour la République (RPR) und Bürgermeister der Stadt Paris. Zum ersten Mal seit Bestehen der Fünften Republik herrschte eine so genannte Phase der cohabitation, in welcher der Präsident und die Regierung gegensätzlichen politischen Richtungen angehörten. Als sich Mitterrand im Mai 1988 bei den Präsidentschaftswahlen klar gegen Chirac durchsetzte, ernannte er den Sozialisten Rocard zum Premierminister und beraumte für Juni Neuwahlen zur Nationalversammlung ein, die keinem politischen Lager eine Mehrheit gaben und Rocard unter schwierigen Mehrheitsverhältnissen weiterregieren ließen. Nachdem die diplomatischen Bemühungen Frankreichs, den Irak zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen, fehlgeschlagen waren, kämpften französische Truppen in der antiirakischen Allianz im Golfkrieg. Im Mai 1991 trat Rocard zurück, und Mitterrand ernannte Edith Cresson, ebenfalls eine Sozialistin, zur ersten Premierministerin Frankreichs. Sie war eine freimütige und polemische Politikerin und wurde im April 1992, nachdem die Sozialistische Partei bei den Regionalwahlen Verluste erlitten hatte, durch den Sozialisten Pierre Bérégovoy ersetzt. In den Parlamentswahlen des folgenden Jahres gewannen die bürgerlichen Parteien die Mehrheit in der Nationalversammlung. Die Union pour la France, eine Koalition aus Chiracs RPR, der Union pour la Démocratie Française (unter Vorsitz des früheren Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing) und mehreren kleineren konservativen Parteien, erreichte insgesamt 484 Sitze, während die Sozialisten nur 54 Sitze erhielten. Präsident Mitterrand ernannte daraufhin Edouard Balladur, Mitglied des RPR, zum Premierminister.

Im Mai eröffnete eine von Balladurs Regierung angeordnete Rechnungsprüfung, daß der frühere Premierminister Bérégovoy entweder die Wirtschaft des Landes schlecht geführt oder dem französischen Volk ein falsches Bild von der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation Frankreichs, die in Wirklichkeit ziemlich schlecht aussah, vermittelt hatte. Es wurde befürchtet, daß das Haushaltsdefizit, das wesentlich höher als allgemein angenommen war, die Pläne des Landes, Teil der Europäischen Gemeinschaft zu werden, gefährden könnte. Kurze Zeit davor hatten die Wähler mit einer knappen Mehrheit einem Abkommen zur Verstärkung der politischen und monetären Integration Frankreichs innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zugestimmt. Bérégovoy beging vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der Rechnungsprüfung Selbstmord.

Die Regierung Balladur fand eine indirekte Bestätigung bei den Kantonalwahlen im März 1994, bei denen sie 45 Prozent der Stimmen erhielt, gegenüber 29 Prozent, die an die Sozialistische Partei und ihr nahe stehende Gruppierungen fielen. Ein ähnliches Ergebnis lieferten auch die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1994, bei denen die Sozialistische Partei nur noch 14,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die unter der Regierung Balladur von Wirtschaftsminister Alphandéry eingeleiteten Privatisierungen der staatlichen Industriebetriebe und Banken wurden im Zuge der guten Wahlergebnisse verstärkt: Das Privatisierungsprogramm umfasste rund 20 Staatsbetriebe und Banken, darunter neben den zwei größten Unternehmen Frankreichs, Elf Aquitaine und Renault, u. a. auch den Chemiekonzern Rhône-Poulenc, den Versicherungskonzern UAP, die Banque Nationale de Paris und die Banque Hervet (die Privatisierung von Renault wurde nach der fehlgeschlagenen Fusion mit Volvo nicht mehr durchgeführt). Mit diesen bis 1997 terminierten Privatisierungen sollen Einnahmen in Höhe von 224 Milliarden Francs erzielt werden.

Im Mai desselben Jahres wurde der Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal offiziell eröffnet. Der Eurotunnel, der Frankreich und England verbindet, wurde erst eineinhalb Jahre nach dem vorgesehenen Fertigstellungstermin eröffnet. Mit 15 Milliarden US-Dollar Baukosten wurden die ursprünglich geplanten sieben Milliarden US-Dollar weit übertroffen.

Die Wahl Jacques Chiracs

Bei den Präsidentschaftswahlen im März/April 1995 kandidierten der amtierende Premierminister Edouard Balladur (RPR), sein Parteifreund und Bürgermeister von Paris Jacques Chirac und der Sozialist Lionel Jospin. Im ersten Wahlgang lag Jospin vor Chirac und Balladur. Die Vereinigung der Stimmenanteile der beiden konservativen Kandidaten reichte bei der Stichwahl am 7. Mai für einen Sieg Chiracs über Jospin. Balladur trat zurück, und Präsident Chirac ernannte Alain Juppé zum neuen Premierminister.

Im Herbst 1995 stellte die Regierung Juppé ein umfassendes Sparprogramm vor, mit dem das Haushaltsdefizit reduziert und der Staat finanzpolitisch konsolidiert werden sollte. Es sah tief greifende Einschnitte in fast allen Bereichen vor, wie u. a. im Sozialversicherungssystem, den Pensions- und den Krankenkassenleistungen. Insbesondere die angestrebte Sanierung der staatlichen Bahngesellschaft SNCF stieß bei ihren Angestellten auf großen Widerstand. Sie begannen am 24. November mit einem unbefristeten Generalstreik. Es folgten sofort Arbeitsniederlegungen weiterer öffentlicher Dienste, privater Großunternehmen und Banken, so daß bis Mitte Dezember das gesamte öffentliche Verkehrs- und Postnetz, fast alle großen Industriezweige und das gesamte öffentliche Leben lahm gelegt wurden. Die Streiks wurden erst beendet, als Juppé nach langen Verhandlungen mit den Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten und Bahnarbeiter zumindest das Konsolidierungsprojekt der SNCF und der Pensionskassen aufgab.

Die von Chirac angeordnete Wiederaufnahme französischer Atombombentests im Südpazifik (Mururoa-Atoll) am 5. September rief eine Welle internationaler Proteste hervor. Seit dem von Mitterrand verhängten Moratorium Anfang der neunziger Jahre hatte nur noch die Volksrepublik China nukleare Tests durchgeführt. Die außerordentlich starken internationalen Proteste äußerten sich in vielen Ländern in Form von Demonstrationen, Ablehnung des Konsums französischer Produkte, offizieller Protestnoten und in einigen Ländern der südpazifischen Anrainerstaaten sogar mit Einfrierung der diplomatischen Beziehungen und Abzug der Botschafter. Präsident Chirac ließ die Testreihe bis Frühjahr 1996 durchführen – allerdings mit dem

Zugeständnis an die internationale Protestgemeinschaft, keine weiteren Atombombentests mehr zuzulassen.

Im Sommer 1995 erlebte Frankreich eine Welle blutiger Bombenanschläge islamischer Fundamentalisten. Der seit einigen Jahren in Algerien andauernde Kampf islamischer Terroristen gegen das Militärregime vertrieb Zehntausende Franzosen aus dem Land; der Konflikt griff nun wegen der französischen Unterstützung der dortigen Machthaber auf Frankreich über. Begonnen hatte er im Dezember 1994 mit der Entführung eines Flugzeuges der Air France und setzte sich dann mit mehreren Bombenanschlägen der GIA (Groupe Islamiste Armé) in der Hauptstadt Paris fort.

Der Krebstod Mitterrands im Januar 1996 erschütterte die Nation. Seine außerordentliche Beliebtheit ließ die Trauerfeierlichkeiten zu einer mehrtägigen Bekundung der Anteilnahme der Bevölkerung werden.

Bei den vorgezogenen Wahlen zur Nationalversammlung wurde die Sozialistische Partei (PS) auch im zweiten Wahlgang am 1. Juni 1997 stärkste politische Kraft. Lionel Jospin, Vorsitzender der PS, wurde von Staatspräsident Chirac mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Dem Kabinett gehören neben Sozialisten auch Mitglieder der Kommunistischen Partei (PC), der Grünen, der Bürgerbewegung (MDC) und der Radikalsozialistischen Partei (PRS) an